

Leserbrief zu BNN vom 27.01.2024 und 31.01.2024 zur Wertstoffsammlung

Ja, kann man es dem neuen Wertstoffsammler „Knettenbrech + Gurdulic“ nicht verdenken, wenn er sich auf die vom Gemeinderat beschlossene Abfallentsorgungssatzung beruft und zusätzliche Gebühren bei Überschreitung der dort festgelegten Regeln für die Abholung der Wertstofftonne besteht. Die Verantwortlichen im „Team sauberes Karlsruhe“ kannten das Problem in der Innenstadt und lösten es durch zusätzliche Müllwerker pro Müllfahrzeug. Bei der Stadt waren es 6 (2 stellen die Mülltonnen bereit, 2 leeren und 2 bringen sie zurück). Der Private reduziert auf 3 Müllwerker. Das belastet nicht nur uns BürgerInnen, sondern auch das Personal. Mitglieder der BI Müll und Umwelt haben in Gesprächen mit der Verwaltung auf die vielfältigen Probleme der gesamten Wertstoffeinsammlung hingewiesen. Diese wurde zur Chefsache gemacht, weil die Verhandlungen mit dem Dualen System Deutschland über den städtischen Anteil an den Kosten der Wertstoffe sich als sehr schwierig erwiesen. Die Stadt hatte dabei schlechte Karten, weil ihm mit dem größtem Müllentsorger Deutschlands = Remodis (er kaufte 2018 das Duale System Deutschland) eine Riese gegenüberstand, der anscheinend den Kostenanteil der Stadt ´diktierte´.

Das ist die eine Seite der Medaille. Denn, die Debatte um die öffentliche oder private Erledigung von Aufgaben der Daseinsfürsorge wird leider nicht sehr grundsätzlich geführt. Während auf der einen Seite vor dem Ausverkauf des Tafelsilbers und der Dominanz des Gewinnstrebens gewarnt wird, lautet auf der anderen Seite das Motto „Privat vor Staat“. Tatsächlich gab es insbesondere in den 90er Jahren in vielen öffentlichen Bereichen einen regelrechten Trend zur Privatisierung. In Karlsruhe waren es die Schaffung von GmbHs, die der öffentlichen Diskussion der durch zur Schweigepflicht verpflichteten StadträtInnen entzogen wurden. Karlsruhe ist aktuell an 37 kommunalen Unternehmen mit über 25 Prozent beteiligt. Im Jahr 2000 waren es noch 26.

Hinzu kam, dass das Abfallgesetz von 1986 im Bereich der Industrie- und Gewerbeabfälle durch die Deklaration von Abfällen als Wertstoffe einen „Privatisierungsschub“ ausgelöst hat. Im Bereich der Restmüllentsorgung fand ein ähnlicher Prozess statt. Der Restmüll wird nach Mannheim gefahren und dort verbrannt, und unseren Biomüll karren wir zum privaten Entsorger nach ...

Die wachsende Rolle der Privatwirtschaft trifft nun den letzten Teil der Daseinsfürsorge im Eigenbetrieb „Team sauberes Karlsruhe“: die Wertstofftonne. Der Wertstoffmüll wird nun nicht nur privat vermarktet, sondern auch seit 1. Januar 2024 privat eingesammelt.

Was war das zentrale Motiv für die Entscheidung des Gemeinderates, die Wertstofftonne von Privaten einsammeln zu lassen? War es die Qualität der Leistung? Haben sich die BürgerInnen über den Service der Stadt bisher beschwert? Nein, jetzt erst beim privaten Einsammler kommt es zu Beschwerden, und da hat die Stadt nur noch begrenzten Einfluss auf den privaten Partner.

Aus der öffentlichen Verantwortung resultiert, dass die Aufgaben der Daseinsfürsorge transparent erfüllt und demokratisch gesteuert werden müssen. Städtisches Handeln kann jederzeit zum Gegenstand politischer Debatten werden, anders als das Handeln privater Unternehmen, die vielleicht in staatlichem Auftrag, doch mit wirtschaftlichen Zielen und unter den Regeln des Privatrechts agieren. Privatisierung hat oft zur Folge, dass das Handeln im jeweiligen Aufgabenfeld der politischen Debatte weitgehend entzogen wird und nun in den BNN geführt wird. Das scheint vom Gemeinderat in der Erwartung so gewollt zu sein, weil der private Anbieter die Leistung anscheinend effizienter und kostengünstiger erbringen kann. Das Gegenteil ist der Fall.

Welche Qualitätskriterien, die in den geheimen Verträgen stehen, werden geprüft und durchgesetzt? Wenn Ausschreibungen hauptsächlich über den Preis gewonnen werden, versucht doch jeder der privaten Partner nach Abschluss des Vertrages natürlich, seine Gewinne zu optimieren. Im Einzelfall bedeutet dies direkt am Service zu sparen, sich auf Punkt und Komma auf die Satzungen ohne

Rücksicht auf die Betroffenen zu verhalten. Ist ein Vertrag erst einmal unterschrieben, lässt sich der private Partner jedes Extra gern auch extra bezahlen. Hoffentlich baut der Entsorger in seine Fahrzeuge keine Waage ein, denn dann blieben viele Wertstofftonnen stehen.

Der Weg der Stadt Karlsruhe sollte die Rekommunalisierung der Daseinsfürsorge sein. Zur Zuverlässigkeit und als Hoffnung kann gelten, dass z. B. im Fächerbad ausgelagerte Reinigungsarbeiten mittlerweile wieder von eigenen Kräften durchgeführt werden.